

Analyse

Martin Treiber Der deutsche Verkehrsfluss-Forscher möchte auf Schweizer Autobahnen rechts überholen. Von Thomas Borowski

Der Asphalt-Revolutionär

Auch im neuen Jahr sehen sich Schweizer Automobilisten auf hiesigen Zweispur-Autobahnen einem leidigen Phänomen gegenüber. Während sich auf der Überholspur Wagen an Wagen drängelt und niemand dem anderen Platz machen will, bleibt die rechte Fahrbahn oftmals leer.

Das wäre alles nicht so schlimm, sagt nun Martin Treiber, wenn man in der Schweiz rechts überholen dürfte. Der deutsche Physiker und Verkehrsfluss-Forscher der Technischen Universität Dresden lässt in der aktuellen Ausgabe der Schweizer «Automobil Revue» weiter verlauten, dass unser Land für eine Aufhebung des Linksüberholgebotes geradezu prädestiniert wäre. Zum Beispiel wegen der Geschwindigkeitslimiten auf den Autobahnen, welche die Tempounterschiede zwischen den Fahrspuren gering halten.



Belegen kann der ehemalige Rudolf-Steiner-Schüler, der sein Physikstudium als Jahrgangsbester und die spätere Doktorprüfung an der Universität Bayreuth summa cum laude abgeschlossen hat, seine Behauptung mit empirisch erhobenen Daten. Die besagen, dass bei dichtem Zweispur-Autobahnverkehr nur 40 Prozent der Verkehrsteilnehmer rechts fahren, während 60 Prozent die Überholspur blockieren. Würde das Rechtsüberholen erlaubt, rechnet Treiber vor, könnte man fünf bis zehn Prozent mehr Autos auf die Autobahn bringen, bevor ein Stau entstünde.

Treibers Überholprinzip ergibt durchaus Sinn. Denn: In den USA und Kanada wird es seit Jahren problemlos praktiziert. Studien, die zwischen Nordamerika und Europa vergleichen, haben zudem ergeben, dass mit Rechtsüberholen in Nordamerika eine gleichmässige Spurnutzung erreicht

wird als auf europäischen Strassen und dass die Autobahnen dadurch eine höhere Durchschnittskapazität aufweisen.

Es mag deshalb kaum überraschen, dass Martin Treibers empirisch unterlegtes Gedankengut in der Schweiz politische Unterstützung gefunden hat. Der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter hat vergangenen Dezember eine Motion eingereicht, die mit 22 Mitunterzeichnenden den Bundesrat dazu auffordert, das Rechtsüberholen auf Schweizer Autobahnen zuzulassen. Die Antwort der Regierung wird bis Sommer erwartet. Sollte sie die Motion ablehnen, wird es laut Hurter noch 2011 zu einer Abstimmung über das umstrittene Rechtsüberholverbot im Parlament kommen.

Gar keine Freude an der nun beginnenden Diskussion hat der Touring-Club der Schweiz (TCS). Seine

Vertreter bemängeln, dass eine neue Überholregelung auf Schweizer Strassen zu mehr Turbulenzen und zu mehr Staus führen würde. Ausserdem sei das Rechtsüberholverbot in der Schweiz durch internationale Übereinkommen mit den anderen europäischen Staaten geregelt und nicht so einfach kündbar.

So oder so hat Verkehrsfluss-Forscher Martin Treiber mit seinen Ansichten in der Schweiz einen alten Stein wieder ins Rollen gebracht. Jeder staugeplagte Automobilist wird seine Ansichten uneingeschränkt teilen. Alle anderen dürfen getrost sein, dass Rechtsüberholen auf Schweizer Autobahnen bis auf weiteres als grobe Verletzung der Verkehrsregeln geahndet wird. Erlaubt ist nur das Fahren in parallelen Kolonnen. Zuwiderhandlungen werden mit Busse oder Gefängnis bestraft und führen zu Fahrausweiszug.

Iran Die Schweiz sollte dem Sanktionsaufruf des US-Botschafters nicht folgen. Von Esther Girsberger

Weder Zuckerbrot noch Peitsche

Kurz vor der Jahreswende verriet der amerikanische Botschafter in Bern, Donald Beyer, der «Basler Zeitung» in einem Interview, er habe den Bundesrat aufgefordert, die Sanktionen der EU und der USA gegen den Iran zu übernehmen, die über die UNO-Sanktionen hinausgehen. Der Versuch, das Regime mit Anreizen zur friedlichen Nutzung der Atomenergie zu bewegen, sei gescheitert. Deshalb brauche es neben dem Zuckerbrot jetzt eben auch die Peitsche.

Ausgerechnet die der SVP nicht ablehnend gegenüberstehende «Basler Zeitung» zeigte grosses Verständnis für diese Forderung. Die Schweiz erbringe als neutrale Vermittlerin in der Iran-Frage wertvolle Dienste für die USA, doch gerade deshalb sei es umso wichtiger, dass die Schweiz diese Sanktionen unterstütze.

Mit Verlaub, gerade diese Zeitung müsste sich dabei einige Fragen stellen. Unser Land betont immer wieder und zu Recht, die politische Souveränität und Neutralität seien hochzuhalten. Das gilt auch dann, wenn die Schweiz Vermittlungsdienste übernimmt, wie sie das für die USA im Iran tut. Unser Land unterstützt die UNO-Sanktionen gegen den Iran, weil diese mit der Neutralität vereinbar sind. Unilaterale Sanktionen als politische Entscheide wären unter diesem Aspekt höchst fraglich. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist es richtig, dass die Schweiz auf ihre Souveränität pocht, als Nicht-EU-Land auf einer eigenständigen Politik besteht und es den anderen Ländern der Europäischen Union überlässt, die härtere Gangart einzuschlagen.

Kontraproduktive Wirkung

Schon immer zeigte sich die Schweiz gegenüber aussenpolitischen Sanktionen skeptisch, aus durchaus pragmatischen Gründen: Die meisten sanktionierten autoritären Regimes haben sich als erstaunlich resistent gegenüber dem Aussendruck erwiesen, so auch der Iran. Einerseits verfügt das Land über aussenpolitisch wichtige Rohstoffe, andererseits findet es mit China oder Russland auch alternative Handels- und Bündnispartner, mit denen sich die Folgen von Sanktionen mildern lassen. Zusätzlicher Druck hat im Fall Iran kontraproduktive Wirkung, wie man aus der Vergangenheit weiss.

Die Schweiz hat sich im Iran-Konflikt immer für eine diplomatische

Lösung eingesetzt, durchaus mit Erfolg. Im Jahr 2007 hat sie Ideen entwickelt, um den Dialog zwischen den fünf ständigen UNO-Sicherheitsratsmitgliedern auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite in Gang zu bringen. Dafür hat der Kleinstaat von beiden Seiten Dank bekommen, sowohl als Gastgeber der wichtigen Geneva-Talks als auch für die inhaltlich substantiellen Beiträge. Die Weiterverfolgung des diplomatischen Wegs entspricht auch der auf Erfahrungen beruhenden Einsicht, dass der Iran sich mit schärferen Sanktionen nicht überzeugen lässt.

Und schliesslich setzt die Schweiz mit ihren diplomatischen Bemühungen um Streitbeilegung auch den

Teile der Bevölkerung und des Parlaments scheinen geneigt, den Druck auf den Bundesrat zu verstärken.

verfassungsmässigen Auftrag um: Gemäss Artikel 54 der Bundesverfassung hat sich die Eidgenossenschaft unter anderem für die Achtung der Menschenrechte, die Förderung der Demokratie und das friedliche Zusammenleben der Völker einzusetzen. Diese Friedenspolitik haben wir uns auf die Fahne geschrieben, und wir haben ihr durch das Angebot der Guten Dienste bisher auch nachgelebt.

Ein Teil der Bevölkerung und nicht wenige eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier scheinen nicht abgeneigt, den Forderungen des amerikanischen Botschafters Folge zu leisten und den Druck auf den Bundesrat zu verstärken. Diese Leute vertreten die Auffassung, dass die Schweiz den EU-Ländern folgen und die Sanktionen gegen den Iran verschärfen sollte.

Zweifellos gibt es gute Gründe, sich über die unberechenbare Politik des Iran beunruhigt zu zeigen. Dies durch kurzfristige und den aussenpolitischen Grundsätzen der Schweiz widersprechende Kurzschlusshandlungen zu tun, wäre allerdings falsch. Zumal wir uns dann zu Recht vorwerfen lassen müssten, wir liessen uns am Gängelband der EU und der USA führen. In der Aussenpolitik haben weder Zuckerbrot noch Peitsche etwas zu suchen.

Skistreit Nach dem lauten Abgang von Cheftrainer Martin Rufener steht Verbandspräsident Urs Lehmann in der Kritik. Zu Recht? Von Martin Born

Swiss Ski ist Swiss Hollywood

Bayern München ist auch als FC Hollywood bekannt. Das liegt am Erfolg der Mannschaft, an den Emotionen, die sie auslöst, den Schlagzeilen, die jeder Zwischenfall zur Folge hat. Es liegt aber auch an der Führung. Beim Erfolgsmodell Bayern hatten und haben keine Politiker und keine hochgedienten Funktionäre das Sagen, sondern ehemalige Weltmeister: Franz Beckenbauer, Karl Heinz Rummenigge und Uli Hoeness. Sie sind keine Diplomaten, und so fehlt ihnen die Handbremse im Kopf, wenn sie reden. Dafür wissen sie, worüber sie reden.

Ein bisschen Bayern München, fand Urs Lehmann, der Abfahrtsweltmeister von 1991, würde auch Swiss Ski guttun. Deshalb kandidierte er vor vier Jahren für das Präsidium des Verbandes, dessen schärfster Kritiker er gewesen war. Als Finanzfachmann war er entsetzt über den im Olympiajahr 2006 eingefahrenen Verlust von 477 530.81 Franken und das auf 36 369.26 Franken geschrumpfte Eigenkapital, er bemängelte den Zickzackkurs in Strukturfragen, die Kommunikation, die Personalpolitik.

Als Präsident von Swiss Ski beendete Lehmann die Ära der Politiker. Seine Vorgänger Duri Bezzola und Edi Engelberger waren FDP-Nationalräte mit guten Beziehungen. Bezzola durfte immerhin für sich beanspruchen, dass der Verband nach dem Debakel von Hauptsponsor Swissair nicht unterging. Als er abtrat, betrug das Eigenkapital wieder 259 717 Franken.

Turbulenzen in Serie

Draufgänger Lehmann packte zu, veränderte vieles, suchte den Erfolg. «Nicht als Diktator», wie Verbandsdirektor Andreas Wenger herausstreicht: «Die Entscheide werden vom Präsidium und der Geschäftsleitung in enger Zusammenarbeit gemeinsam gefällt.» Dabei werden die Grenzen zwischen strategischer und operativer Führung auch mal verwischt. Mit Lehmann, sagt Wenger, habe sich Swiss Ski ganz bewusst ein Gesicht gegeben.

In jeder andern Firma gleicher Grösse hätte das, was bei Swiss Ski in den letzten Jahren passierte, keine Schlagzeilen zur Folge gehabt: ein Direktor, der «im gegenseitigen Einvernehmen» seinen Sessel räumt, sein Nachfolger, der geschasst wird, ein Mitarbeiter, der sich betrunken in der Öffentlichkeit zeigt, ein anderer, dem sexuelle Belästigung einer Hotelangestellten vorgeworfen wird, eine Mitarbeiterin, die sich nicht an Vorschriften hält und deshalb bestraft wird, ein



leitender, ganz wichtiger Mann, mit dem keine Einigung erzielt wird und der das Schiff enttäuscht verlässt.

Nur ist Swiss Ski nicht einfach eine Firma. Swiss Ski produziert Olympiasieger und Weltmeister - und damit Emotionen. Swiss Ski ist Swiss Hollywood. Was auch immer passiert: Es ist ein Fall. Und wenn sich Fälle häufen, ist schnell klar, wer versagt: Die Führung. Oder eben: «Der Lehmann.»

Ist er übereifrig wie im Fall von Lara Gut, wo er im Helikopter zum Schlichtungsgespräch nach Val-d'Isère reiste? Ist er ein Vertuscher wie im Fall von Silvan Zurbriggen und dessen Wegweisung aus einem Hotel in Lake Louise? Ist er stur, wie bei den Verhandlungen mit Cheftrainer Martin Rufener? Um gibt er sich mit «schwachen» Figuren wie Direktor Wenger und Leistungssport-Koordinator Dirk Beisel?

Lehmann steht zu Fehlern, auch wenn er sein Vorgehen vehement verteidigt. Dass bei gewissen Konfrontationen Aussage gegen Aussage steht und die Meinung geteilt sein kann, akzeptiert er. Empört reagiert er nur, wenn ihm, dem ehemaligen Spitzensportler, unfaires oder gar unredliches Verhalten vorgeworfen wird. Und wenn seine Leute angegriffen werden. Etwa im Fall von Dirk Beisel, dem diskreten Deutschen, der sich selber so schlecht verkauft und damit im Kontrast steht

zu seinem charismatischen Vorgänger Gian Gilli. «Er macht einen sehr, sehr guten Job», sagt Lehmann.

Die Zahlen geben ihm recht. Swiss Ski ist so erfolgreich wie seit den grossen Zeiten von Pirmin Zurbriggen (heute Lehmanns diskreter, aber wichtiger Partner im Präsidium) in den Achtzigerjahren nicht mehr. Vor zwei Jahren gewannen Schweizer Schneeschportler in den diversen Sparten von Alpin bis Telemark 22 Weltcuprennen (dazu 61 Podestplätze). Im letzten Winter waren es 53 Siege (79 Podestplätze). Plus die sechs Goldmedaillen von Vancouver. Und das mit einem Budget, das trotz erhöhten Ansprüchen von allen Seiten (und drei Millionen mehr für den Spitzensport), nicht platzte. Die letzte Rechnung schloss mit 488 841.57 Gewinn ab. Die Decke des Verbandskapitals hat wieder eine vernünftige Dicke. Es sind genau 1384 369.49 Franken.

Noch ist es zu früh, um die Ära Lehmann zu beurteilen. Nach der medaillenlosen Weltmeisterschaft 2005 in Bormio hat Swiss Ski drei nationale und sieben regionale Leistungszentren eingerichtet. Sie sollen für regelmässigen Nachschub in den Spitzenkadern sorgen. Die Junioren-Weltmeisterschaften Ende dieses Monats in Crans-Montana werden erstmals aufzeigen, ob der eingeschlagene Weg richtig ist.